7. Arbeit demokratisieren, Sorgearbeit aufwerten, Einkommen garantieren

Die derzeit herrschende Reduzierung von Arbeit auf Erwerbsarbeit und die damit verbundenen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen ziehen mehrere gravierende Problematiken nach sich: Entmündigende Erwerbsarbeitsbedingungen und schlechte Bezahlung mindern die Möglichkeiten und in Folge die Bereitschaft zur politischen Partizipation und sind somit demokratiegefährdend. Die enge Koppelung von Einkommen an Erwerbsarbeit führt zu erheblichen Verteilungsschieflagen. Die hartnäckige Geringschätzung jener Leistungen, die – unbezahlt oder schlecht bezahlt – im Care-Sektor (private Haushalte, Einrichtungen im Dritten und im öffentlichen Sektor, Einrichtungen in der Privatwirtschaft) erbracht werden, ist der Kern der Sorgekrise, in der wir uns befinden. Die Last der Care- oder Sorgearbeit liegt bei gesellschaftlich diskriminierten Gruppen:Frauen, Migrant*innen, armutsgefährdeten Menschen. Die Systeme der privaten und institutionellen Kinderbetreuung, der privaten und institutionellen Pflege, der Gesundheitsversorgung können nur durch diese Ungleichheiten aufrechterhalten werden. Eine Orientierung an fairer Sorge-Arbeit sieht anders aus. Zentral für die Regierung ist es daher, Konzepte und Maßnahmen zur Demokratisierung der Arbeitswelt, zur Aufwertung und geschlechtergerechten Verteilung der (un)bezahlten Sorgearbeit zu entwickeln. Daraus nährt sich eine emanzipatorische und sozial-ökologische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie die Garantie existenzsichernder Einkommen.

Demokratisierung der Arbeitswelt

Gute Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer*innen und weitreichende Formen der Mitbestimmung ermöglichen Erfahrungen von Selbstwirksamkeit, die eine wesentliche Voraussetzung für politische Partizipation sind. Daher muss Ziel des Regierungshandelns sein, Erwerbsarbeit als Ort von Erfahrungen der Mitbestimmung und des Demokratielernens deutlich zu fördern. Für einen demokratischen Staat ist es wichtig, die Sphäre der Erwerbsarbeit als Ort zu verstehen, an dem Menschen aus unterschiedlichen Milieus und Herkünften, mit diversen politischen Überzeugungen und Lebensvorstellungen zusammenkommen. Entsprechend dem wirtschaftspolitischen Ansatz einer solidarökonomischen und gemeinwohlorientierten Wirtschaft, muss es ressortübergreifende Priorität der Regierung sein, unternehmerisches Handeln und die Schaffung von Arbeitsplätzen so zu gestalten, dass selbstverwaltete Unternehmen entstehen können, die sich an Geschlechtergerechtigkeit, Inklusion, Sinnstiftung und Nachhaltigkeit orientieren.

Aufwertung und geschlechtergerechte Verteilung

Entgegen mancher Versuche, Sorgearbeit sehr eng auf einige wenige Branchen und nur auf bezahlte Arbeit reduziert zu definieren, ist seitens der Regierung der Standpunkt eines weiten, ressortübergreifenden Begriffs des Sorgens einzunehmen. Damit sollen auch die Leistungen der Arbeitnehmer*innen, Selbständigen und zivilgesellschaftlich Engagierten in Branchen wie Landwirtschaft, Nahrungsmittelproduktion etc. umfasst werden. Ziel ist eine Gesellschaft, die Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und unterschiedlichen Gruppen und damit ein Leben fördert, in der für alle gut gesorgt ist und alle gut für sich selbst und andere sorgen und in der sich Mensch und Umwelt regenerieren können.

Garantie existenz- und teilhabesichernder Einkommen

In dieser Regierungsperiode muss es darum gehen, Maßnahmen zu setzen, um die Konkurrenz zwischen dem System der Erwerbseinkommen und der Sozial(versicherungs)leistungen zu verringern. Unabhängig davon, ob ein Einkommen aus Erwerbsarbeit, aus dem Bezug von Sozialleistungen oder einer Kombination von beidem entsteht, muss Einkommen existenzsichernd sein. Orientiert an den Referenzbudgets, soll das Existenzminimum allen Menschen, die in diesem Land leben, garantiert sein. Das erfordert entsprechende Maßnahmen im Bereich der Lohnpolitik, der Sozialversicherungsleistungen Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sowie im Sozialleistungssystem – allem voran der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Im Sinne von mehr Lohngerechtigkeit sind seitens der Regierung zudem Studien zur Einführung von Maximallöhnen zu beauftragen. Arbeitsmarktpolitisch braucht es rechtlich abgesicherte und budgetär garantierte Innovationsräume für experimentelle Arbeitsmarkt-Strategien, um u.a. die Verbindung von Erwerbs- und Sorgearbeit besser zu ermöglichen.

ZIELE Demokratisierung der Arbeitswelt MASSNAHMEN	
Arbeitsmodelle garantieren, die Mitbestimmung und Demokratisierung der Arbeitswelt fördern	"Innovationsräume": experimentelle Strategien zur Demokratisierung der Arbeitswelt werden rechtlich und finanziell abgesichert
	Personalentwicklungsstrategien mit Fokus auf Demokratiebildung werden gefördert
Lohntransparenz ist gegeben	Transparente Information ist Ausgangspunkt sowohl für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit wie auch für Emanzipation der Arbeitnehmer*innen
Ausgleich zwischen Erwerbsarbeit, Sorge und Care Arbeit, gesellschaftlicher Tätigkeit realisieren	Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn ermöglicht Care-Gerechtigkeit, fördert Geschlechtergerechtigkeit und Demokratie
Sicherheit vor sexueller Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz	Awareness-Strukturen gegen Belästigung und sexuelle Diskriminierung bzw. Gewalt werden proaktiv geschaffen
	Maßnahmen zur Gewaltprävention werden in der Arbeitswelt durchgesetzt (analog z.B. zum Brandschutz)

Aufwertung und geschlechtergerechte Verteilung der Sorgearbeit ZIELE MASSNAHMEN Bessere Bezahlung für Arbeit mit hohem gemeinnützigem Wert (Sorge- und Pflegearbeit, Gesellschaftliche Sorgearbeit aufwerten; Bildung, Reinigung, Landwirtschaft,....) wertschätzen und geschlechtergerecht verteilen Entlohnung von Ausbildung in Care-Berufen verbessern (analog etwa zur Polizeischule) Kinder aufziehen, Alte Volle Bewertung von Kinder- / Pflegezeiten für die pflegen, das ist eine Pensionsbezüge riesige Leistung für unsere Gesellschaft. Verbesserung der sozialen Sicherheit der Aber dafür kriegst du 24-Stunden Betreuer*innen keine Anerkennung. Schließen der Pflegelücke mit Ausbau von Weder durch öffentliches öffentlichen Dienstleistungen im Sozialraum Klatschen noch finanziell. Gesetzliche Regulierungen und Anreize für Männer Deswegen sind viele setzen, um gleichermaßen (un)bezahlte Sorgearbeit Frauen arm, wenn sie zu übernehmen selber alt sind Existenzsicherung für vulnerable Gruppen sicherstellen (solange es keine garantierte

Altersarmut von Kinder- und Pflegearbeit leistenden

Care-Leistungen öffentlich und gemeinnützig

Personen verhindern

bereitstellen

Existenzsicherung für alle gibt)

Kinderbildung und betreuung

Rechtsanspruch auf kostenlose, qualitätsvolle

Flächendeckender, ressortübergreifender fair

Ausverkauf von zentraler Care-Infrastruktur an

Kleinteilige öffentliche Care-Infrastrukturen etablieren

sorgen-Plan zur Lösung der Care-Krise

profitorientierte Akteur*innen verhindern



Arbeitsmarktpolitik / Garantie existenz- und teilhabesichernder Einkommen

ZIELE Garantie existenz- und teilhabesichernder Einkommen MASSNAHMEN	
Inklusion und Teilhabe als gesamtgesellschaftliche und auch unternehmerische Aufgabe verstehen	Gesetzliche Verpflichtung für Unternehmen, am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen (z.B. Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung etc.) zu beschäftigen
	Schnellere Integration in den Erwerbsarbeitsmarkt durch praxisrelevantere Sprachkurse fördern
	Finanzielle Absicherung von und Investition in qualitätsvolle Arbeit (Personal, Ausbildung etc.) in Soziale Unternehmen
	Berufliche Entwicklung und Qualifikation für am Erwerbsarbeitsmarkt benachteiligte Menschen fördern
Arbeitsmarktpolitische und sozialversicherungsrechtliche Diskriminierung beenden	Bezahlung nach Kollektivvertrag für Menschen mit Behinderungen, Asylwerber*innen, Gefangene und Anrechnung der Arbeit auf die Pension
	Erhöhung der Nettoersatzrate im Arbeitslosengeld und Notstandshilfe
	Abstand zwischen höchsten und niedrigsten Einkommen gerecht gestalten
	Abschaffung von Überbezahlung (z.B. in Form von Boni)
	Brücken zum Erwerbsarbeitsmarkt stärken, Teilhabe für benachteiligte Menschen stärken
Anerkennung von Vermittlung von geförderter Beschäftigung in Aus- und Weiterbildung	Berufliche Entwicklung und Qualifikation für am Erwerbsarbeitsmarkt benachteiligte Menschen fördern

